

solle Kraft entfalten werden. Wir befinden uns nun inmitten dieser ersten Periode und wenn ich auch den Grin des Augenblicks nicht in Acht rede stelle, so habe ich doch volles Vertrauen in den Bau und die Tapferkeit der Soldaten unserer Bundesgenossen.

Die Beute von zehn Wochen.

Vom 21. März bis 1. Juni 1918, also in zehn Wochen, sind in den Kämpfen an der Westfront den Deutschen über 175 000 Gefangene und weit über 2000 Geschütze in die Hände gefallen. Die Zahl der Maschinengewehre, die ungezählte Tausende beträgt, und der Umfang des konstistigen unübersehbaren erbeuteten Kriegsgeräts läßt sich vorläufig auch nicht annähernd angeben.

Wertvolle Beute.

Berlin, 8. Juni. Als ein Zeichen dafür, welche Planlosigkeit hinter der französischen Front verborgener war und wie über Erwartungen schnell der Vormarsch unserer Divisionen durchgeführt wurde, müssen die gewaltigen Truppenzahlen gelten, die der Rückende Helm uns völlig unverstet hinzutrug. Etwas ist schon Schauend, daß auf den Blauplänen so viele Anzüge unverstet vorgehenden wurden, so ist es geradezu unverständlich, daß unter den führenden Franzosen niemand mehr den Triumph oder die Zeit fand, die so leicht zu verhindern den großen Truppenpläne zu zerstören. Bei Paris ist eine reizige Paradeschau ohne die geringste Beschriftung in deutsche Hand gefallen. Noch größer vielleicht, einem ganzen Regiment bequeme Unterflur geschah, als eine ganze Metropole aus Lagerwänden, die aus der französischen zentralen Oberfläche überrollt wurden. Man muß dabei der Organisationsgabe des Gegners vollauf Gerechtigkeit widersehen lassen. Die Anlagen können als Wahrzeichen großer Truppenunterbringungsplätze gelten. Sie sind mit Weitbild nach einheitlichem Plan angelegt und selbst fehlt an den Einrichtungen. Den nachhaltenden Divisionen und Kolonnen kommen diese Soldaten Villen und Kasernen jetzt zugute. Bei Paris-en-Tardenois ist uns ein reichgefülltes Villenlager von riesenhaften Ausmaßen zugefallen, mit wuchtigen Wagenparks und einer Art von Bogenkastellen. Auch unfehlbare aufgestellte Kohlen- und Steinkohlager, die zu verdächtigen der Gegner bei der offenkundigen Planlosigkeit seines Rücksatz die Zeit nicht fand.

Gegen die Defiziten.

Sämtliche Parteien veröffentlichten eine halbamtliche Note, wonach von der Regierung und Polizei strenge Maßnahmen ergriffen würden, um Verbretter von tendenziösen Redaktionen zur Kriegslogie und Anstifter von Paniken unmöglich zu verhindern.

25 Kilometer Marnefront.

Berlin, 2. Juni. Mit der Einnahme des Nordteiles von Chateau-Thierry und der Erstürmung Verneuil ist die Marnefront bereits auf 25 Kilometer verbreitert. Der solche Sichtteil hat sich zur breiten Kampffläche gesetzt.

Dunkle Tage.

Bern, 3. Juni. Unter der Überschrift „Dunkle Tage“ stellt Menaudet in der L'Humanité fest, daß die französischen Heeresbereiche nicht vollständig der Wahrheit entsprechen. Er nimmt sowohl Sichtung zu der Erfahrung, daß die Regierung keine Mitternachten machen wollte, die zu verlangen das Parlament ein Recht habe, und sagt: daß selbst für den Fall der Wiederherstellung der Zone die Regierung nicht von der Willkür der Beamtmutter der Quersektion entzündet sei. Wenn es sein möge, werde man eben eine Gehemmung abnehmen. Auf jeden Fall seien Fehler begangen worden, die aufgezeigt werden müssten. Menaudet wundert sich vor allem, daß bei allen Effekten des Verbands das Übertrittsamt nicht eine Rolle gespielt habe, während bei der jüngsten Offensive die Übertragung wieder vollständig geblieben sei. Er fragt, ob die Kriegsstraße in Versailles und Paris zweckmäßig sei, da durch sie die Entscheidung bei schnell sich entwidenden Ereignissen fast immer verzögert werde. Das Parlament sollte über alle diese Fragen Bescheid wissen, denn es steht mit dem Heile und der Zukunft des Landes in unmittelbarem Zusammenhang.

Ein Luftkampf über Paris.

Paris, 2. Juni. (Agence Havas.) Der Hafen meldet: Über der Pariser Höhe explodiert sich heute Nacht ein hoher Kampf gegen deutsche Geschwader. Einem einzigen Flugzeug gelang es durchzubrechen. Es warf schleunigst seine Bomben ab. Vier Personen wurden schwer verletzt.

Französischer Heeresbereich vom 2. Juni nachmittags.

Der deutsche Stadtbau mit großer Stärke an der französischen Oise und Marne an. Die Sichtung heutigen Verluste, am Nordrande des Waldes von Chateauneuf und Moulin-lès-Doué, wurden aufgehoben. Die französischen Truppen haben den Feind nördlich von diesen Orten zurückgeworfen. Mont de Choisel dienten von den Deutschen angegriffen und von ihnen genommen, wurde von neuem durch die Vojonette der französischen Soldaten zurückgeworfen, die es behaupteten. Zwischen Oissey und Cirey demontierten sich die Deutschen der Orte Longpont, Courch, Roberot und Trois. Aber durch einen energischen Gegenangriff eroberten die französischen Truppen diese Ortschaften wiederum zurück. An der Marne haben die Deutschen die Höhe westlich von Chateau-Thierry erreicht. Die Franzosen halten den am linken Ufer gelegenen Teil der Stadt. Letzte Kämpfe fanden an der Straße Dommartin-Meins statt, welche die Deutschen südlich von Oissey, Violaines und Villey-en-Barrois ein wenig überschritten. An der Front von Meins keine Veränderung.

Kriegsfinanzpolitik.

Von Wilhelm Neil, M. d. R.

Die bürgerlichen Parteien des Reichstags sind entschlossen, die Verbrauchssteuern, die der Bundesrat beantragt hat, im wesentlichen nach den Regierungsvorstellungen zu genehmigen. Das die Auswirkungsfähigkeit für das Spiritusmonopol noch auf schwachen Füßen steht, daß man sich über den Ausbau der Umsatzsteuer noch nicht recht im klaren ist, das noch darüber gestritten werden wird, ob die Weinsteuer 10, 15 oder 20 Prozent betragen soll, hat für die grundlegende Stellung der bürgerlichen Parteien zu diesen Steuervorschlägen wenig zu befürchten. Sie sind sich einig darüber, daß auf jeden Fall die Summen, die das Reichsschatzamt auf Grund seiner Entnahmen aufzufüllen erachtet hat, aus den einzelnen Steuerobersten herausgeholt werden müssen. Nicht einmal die harmlose Limonade wird verschont bleiben, denn das Alkoholkapital, das im Reichstag einen starken Einfluss hat, duldet keine Begünstigung der Flügelbewegung.

Die große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Gesamtertrag der neu vorgeschlagenen Verbrauchssteuern ebenso erheblich über die Schätzungssumme (etwa 314 Milliarden) hinausgehen wird, wie der Ertrag der Mohrensteuer und der Tabakabgaben viel größer ist, als die Regierung angenommen hatte. Diesen Mehrertrag der Verbrauchssteuern, die ja, soweit sie Besteuerungen sind, mit jedem Preisaufschlag auto-

matisch wachsen, hätte der preußische Finanzminister im Auge, als er im Haushaltsgesetz geltend machte, der von der großen Mehrheit des Ausschusses dem Bundesrat mit dem Verbrauchssteuerauftrag dargebotene Betrag von 1200 Millionen Mark werde gar nicht nötig sein, um den Gehalt der Reichsbauhalls für 1918 zu decken. Auch in der vertraglichen Vereinbarung der Finanzminister mit den Vertretern des Hauptausschusses am 14. Mai ist versichert worden, daß es der Besteuerung der gewöhnlichen Einkommen und Vermögen nicht bedürfe, um den Etat zu balancieren, der Ertrag der vorbeschlagenen Weineinkommensteuer werde dazu ausreichen.

Auch wenn das Material, das zur Begründung dieser Behauptung in Aussicht gestellt worden ist, Beweiskraft beiße, würde die Stellung der Parteien und auch der Regierung vor den leidenden Volksmassen keine günstigere. Oder kann irgend jemand im Ernst daran glauben, daß die Massenverbrauchssteuern leichter ertragen werden, wenn man die Schwertsteuern auf die hohen Erträge der selben hinweist, die eine scharfe Erhöhung des Beiges entbehrlich erscheinen lassen? Der größte der Ertrag der Verbrauchssteuern, desto größer natürlich die Last, die der einzelne Verbraucher zu tragen hat. In der Zeit der Proteinkrankung ist es für den hungrigen Arbeiter, Beamten und Handwerker ein schwacher Trost, daß B. die Umlaufsteuer, die ihm das Brot noch verleert, große Einnahmen bringt, vielleicht wird der große Ertrag der Verbrauchssteuern dem unter Nahrungsmangel und hohen Preisen leidenden Verbraucher erst recht zum Bewußtsein bringen, wie voreilig die Beschuldigungen es selbst im Auge verringen, sich von ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staate zu distanzieren.

Aber selbst wenn die Sichtungswerte des Finanzministers in ihrem Sinne richtig sein sollten, so bleiben sie doch folglich. Das Reichsschatzamt würde, um die laufenden Ausgaben für das Jahr 1918 in ihrem vollen Betrag aufzubringen, nicht nur den Gehalt der Steuern des Reichs in etwa von 2875 Millionen Mark (wovon die künftigen neu vorgeschlagenen Steuern in diesem Jahr bestensfalls 1800 Millionen bringen werden) zu denken, sondern darüber hinaus noch etwa fünf Milliarden Mark laufender Einnahmen zu beschaffen haben. Der ordentliche Reichsbauholt umsoht befaßt nicht den Friedensaufwand für Heer und Marine, der im Jahr 1914 sich auf etwa 1200 Millionen Mark fortbewar und 600 Millionen Mark einmalige Ausgaben belief. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung darf man heute die fortandnenden Friedensaufgaben für Heer und Marine allein auf mindestens zwei Milliarden veranschlagen. Weiter umsoht der Reichstag nicht die fortandnenden Ausgaben für die Kriegsinvaliden, Kriegsdiwiten und -waisen, die heute schon auf etwa drei Milliarden im Jahr zu schätzen sind. Es ist um so unverantwortlicher, die Deckung dieser dauernden Ausgaben sorglos der Zukunft zu überlassen, weil das Deutsche Reich am Ende des Krieges ohnedies in die ungewöhllichsten finanziellen Nöte geraten wird. Trotz den großen Unleidserfolgen wird das Reich beim Eintritt in den Frieden, also an dem Zeitpunkt, an dem das ausgepumpte Wirtschaftsleben alle Hauptquellen zur Wiederbeschaffung von Vorräten ansieht, an dem große Kriegskantiensummen flüssig zu machen versucht werden, mit einer schwedenden Schulden von mindestens 50 Milliarden Mark belastet sein. Die Befriedigung seiner kurzfristigen Darlehengeber wird ihm nicht leicht fallen. Auf diesen Zeitpunkt nun auch noch die Erfüllung der Quellen, aus denen künftig die fortandnenden Ausgaben für die Rüstung und für die Kriegsopfer bestritten werden sollen, zu verschließen, daß ist die unsolideste Finanzpolitik, die sich denken läßt.

Da hat die englische Kriegsfinanzpolitik doch ganz anders vorgeorgt. Die Kriegseinnahmen Englands (und Amerika ebenfalls) sind in einem Maße gestiegen worden, daß nicht nur der gesamte Betrag der fortandnenden Ausgaben restlos gedeckt wird, sondern bis jetzt noch den sehr hohen Verlusten Professor Weisons 12,5 Prozent des ganzen Kriegsaufwands sofort bezahlt werden konnten. Das hat England aufzudecken nicht in erster Linie durch Mehrlieferung von Verbrauch und Verfecht, sondern durch eine rücksichtslose Erfistung des Reichs. Verglichen mit dem Voranschlag für 1913/14 stellt sich der neue englische Voranschlag für das Friedensjahr 1918/19 wie folgt:

	1918/14	1918/19		
	Prozent	Prozent		
Millionen der Gesamt- Mark	einnahme	Millionen der Gesamt- Mark	einnahme	
1. Zölle	708	17,8	1580	11,2
2. Andere Einnahmen	702	20,6	1084	6,7
1. und 2. zusammen	1410	57,9	2664	17,5
3. Gewerbesteuern	548	18,8	630	5,8
4. Vermögens- u. Ein- kommensteuer	844	28,9	5908	34,5
5. Steueraufschlagn.	—	—	6000	35,0
8. 4. u. 5. zusammen	1402	87,7	12439	75,9
6. Sonstige Einnahmen	908	24,4	1448	8,6
Insgesamt 8900		100,0	16840	100,0

Deutschland nimmt für drei Jahre zusammen an Kriegsgewinnen über 5,7 Milliarden Mark ein. England im Jahre 1918 allein 6 Milliarden. Deutschland hat für unmittelbare Kriegszecke noch keinen Pfennig Einkommen- und Vermögenssteuer erobert. England hat seine Einnahmen aus dieser Quelle allein um 1865 Millionen erhöht, d. h. verfünfacht. England hat trotz Fortdauer seiner Zolleinnahmen und Erhöhung vieler Zölle, die in Deutschland infolge der Seabserrung ganz versiegte sind, seine Verbrauchsabgaben nur um 1446 Millionen Mark erhöht. Deutschland wird nach Annahme der neuen Vorlagen jährlich rund 4000 Millionen Verbrauchsabgaben mehr erheben als vor dem Krieg. In England ist der Anteil der Besteuerungen an der Gesamteinnahme von 37,7 auf 73,9 Prozent gestiegen, der Anteil der Verbrauchssteuern von 37,9 auf 17,5 Prozent gesunken, in Deutschland ist ungefähr der Anteil der Verbrauchssteuern gestiegen, der der Besteuerungen gesunken.

An diesen Tatsachen wird der Reichstag nicht achselzucken dürfen, wenn er über die Anträge auf Erhöhung eines neuen Wehrbeitrags und Verhöhung der Gewerbesteuern zu entscheiden hat. Er wird es zumal nicht dürfen in der Zeit der Kürzung der Renten.

Storopabstis Verhügungsversuche.

Dem ukrainischen Pressebüro in Berlin wird aus Kiew gemeldet: Die ukrainischen Parteien haben ein gemeinsames

Zentralkomitee geschaffen, um in der ukrainischen Volks zu starkerem Gewicht zu gelangen. Dieses Komitee ist zusammengelegt aus Vertretern aller größeren Parteien und hat ein Memorandum ausgearbeitet, welches dem Hetman überreicht worden ist. Der Hetman erklärte, daß er das Memorandum als großer Aufmerksamkeit prüfen wolle und bereit sei, einzelne Mitglieder des Kabinetts durch geeignete ukrainische Persönlichkeiten zu ersetzen, jedoch zur Zeit eine Entlohnung für ganze Kabinett, wie das Memorandum dieses empfiehlt, nicht für angebracht halte.“ Der Hetman denkt also nicht daran, sich mit einer Koalitionsregierung einzulassen, die als eine Bürgerschaft angesehen werden würde, daß seine Versprechungen nicht bloß Worte seien, sondern beibehalten.

Unter die Sichtung der verschiedenen sozialistischen Parteigruppen der Ukraine berichtet das genannte Pressebüro wie folgt:

„Sich nach der Staatsumwälzung und Einberufung bis jetzt noch ein Augenblick der inneren Spannung in der Ukraine ein, der bezeichnend ist durch vorstellige Aufrüttelung der sozialistischen Parteien. Dieser Zustand kann leicht überwunden angesehen werden. Die sozialistischen Parteien der Ukraine, die bisher in hervorragender Weise an der Selbständigkeitbewegung des jungen Staates beteiligt waren, sind darüber klar geworden, daß die bisherige Politik des Zentralrats keine Erfolge aufzuweisen hatte. Sie haben daher beschlossen, mit den lebigen Verhältnissen zu reduzieren. Die gegenwärtige Lage anzuerkennen und der Regierung entgegenzustehen. Die ukrainische Storopabst ist eine sozialdemokratische Partei, die seit ihrer Gründung 1905 die ukrainische Sozialdemokratie fördert und eine wichtige Rolle in die ukrainische Revolution gespielt hat. Sie hat sich bereits durch einige ihrer Mitglieder im Rahmen des Zentralrats von der ukrainischen Regierung entfernen lassen, und die Samojuniti nehmen gleichzeitig an der Regierung teil. Die stärkste Partei, die der Sozialdemokratie, wird allerdings zunächst nicht direkt in die Regierung eintreten; ihre hervorragende Einflussnahme jedoch, wie zum Beispiel Rechtsanwalt Storopabst und andere haben sich bereit erklärt, um den lebigen Verhältnissen an die gewaltige Arbeit der Reorganisation des ukrainischen Staates zu zusehen.“

Armen wird mitgeteilt, daß der Sozialistoberst Wladimir Schuljin, seinerzeit Minister des Außen im Kabinett Kornilow, zum Ministerialrat im Ministerium des Außen ernannt wurde. Mit Schuljin tritt die dritte hervorragende Partei des ukrainischen Sozialisten-Föderalistischen Partei in die Regierung des Hetmans ein. Storopabst als Vertreter des Ministeriums des Außen, Schuljin als Vertreter der Friedensdelegation ist zugleich und nunmehr Schuljin.

Die russisch-ukrainischen Verhandlungen.

wth. Kiew, 1. Juni.

In der gestrigen Sitzung der Friedenskonferenz füllt die Abrede über den Prototyp über den Vollmachtaustausch eine auffallende Aufsicht an. Molotow sah in dem ukrainischen Text, der anfangs von dem ukrainischen Staat und der russischen sozialistischen Republik als selbständigen und unabhängigen Staaten spricht, die sich augenfällig miteinander im Kriegszustande befinden und beiderseits den Wunsch ausdrücken, Frieden zu schließen, eine Voraussetzung für die Friedensverhandlungen. Die ukrainische Seite hat in dem ukrainischen Text, der es sich vorgenommen hat, die russische sozialistische Republik als solide noch nicht anerkannt. Die Sowjetregierung ist des Nachwuchses des ehemaligen russischen Reichs, und nur in ihrem Einvernehmen dürften formell einzelne Staatsbezirke als Teilnehmer internationaler Rechte und bei von der Sowjetregierung das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine zu. Die Ausarbeitung des Prototyps wurde einer gemischten Kommission übertragen. Unter die Demarkationslinie wurde noch keine Einigung erzielt. Die folgenden Punkte der Friedensverhandlungen werden in den heute beginnenden nächsten Sitzungen vorbereitet.

Rußland und die Alliierten.

wth. Moskau, 28. Mai (veröffentlicht).

Storopabst spricht in einem Aufsatz unter der Überschrift „Die Alliierten und Rußland“ ein Telegramm der Associated Press über ein Anerbieten, Rußland wirtschaftlichen und militärischen Beistand im Falle eines Krieges mit Deutschland zu leisten und schreibt: Das Telegramm der Associated Press schlägt vor, die Macht der Sowjet zu verwenden, wenn die geistige Hilfe der Alliierten annehmen, die sie in erster Linie auf die japanischen und chinesischen Truppen gerichtet werden könnte. Rußland würde militärische Hilfe nötig haben, wenn es sich im Kriegszustand mit Deutschland befände. Und dessen Nachbarland unterhält freundliche Beziehungen mit Deutschland trotz seines erbitternden Friedensbedingungen und hat zur Zeit nicht am besten den Wunsch, sich in ein neues Kriegsbeispiel zu hängen. Eine andere Frage ist es, ob die Russenpolitik Deutschlands im Osten es in den Anfang eines Krieges mit Rußland hängen wird. Wenn die russische Regierung erklärt, daß im Falle einer neuen Offensive der Deutschen Rußland ohne weiteres Hilfe annehmen wird, so ist das offenbar nicht das, was ein Großteil um Hilfe, um eine deutsche Offensive vorzubereiten, hofft. Hinzu kommt, daß die japanische Hilfe sprechen will, um der Sowjet zu wiedergewonnen. Wiederum ist die Sichtung der Sowjet zu wiedergewonnen. Wiederum ist die Sichtung der Sowjet zu wiedergewonnen.

Der U-Bootenkrieg.

Berlin, 2. Juni. Nach Meldungen auf See wird unsere U-Boote im Mittelmeer verlastet Schiffraum 2000 Brutto-Rегистertonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Großer amerikanischer Transportkampfer verlastet Washington, 1. Juni. (Merkur.) Kommodore Edward T. Gandy ist heute früh der amerikanische Transportkampfer St. Louis (118 Brutto-Rегистertonnen) auf der Rückfahrt nach den Vereinigten Staaten torpediert und versenkt wurde. Einzelheiten liegen nicht vor.

Berständigungspolitik des Zentrums in der Kriegszielfrage.

Die Germania, das Berliner Organ der Zentrumspartei, veröffentlicht einen bemerkenswerten Artikel, der von der Rücksichtnahme neuer kriegerischer Zwischenfälle wegen der Kriegszielfrage berichtet werden. Vor solchen inneren Zwischenfällen will die Germania warnen, damit nicht den Gegnern drohen die Freude bereitet werde. Das Blatt schreibt:

„Sob sie bei uns jederzeit auf den guten Willen zu einem Friedensvertrag rechnen können. Ist unseres Meinens ist genau soviel worden. Die Frage, ob nach der Abstimmung im Sinne der Friedensvereinbarung und des Vormärz in diesen Wahlen ein Weiteres getan werden soll, oder ob es sich empfiehlt, die andere Seite nun den ersten Schritt zu lassen, ist nicht so ohne weiteres zu entscheiden. Es ist aber nach Lage der Sache gar keine Grundlage, sondern im ersten Kapitel eine rein taktische Frage, freilich eine wichtige von weitreichender, vielleicht entscheidender Bedeutung. Aus einer Erkenntnis heraus scheint es als notwendig, in erster Linie die Förderung auszuüben, doch man alles davon sehr über diese Zeit eine möglichst weitgehende Verständigung zwischen allen beteiligten Parteien herbeizuführen, nämlich zwischen Reichstag und Reichsrat und Reichsleitung anderseits, die selbstverständlich Friedensföhlung mit der Obersten Heeresleitung auf in vieler Angelegenheit halten wird. Wenn man und sagen will, eine solche Einigkeit sei schwer herbeizuführen, so sollte man aufwarten, doch sie aber, weil nur auf tatsächlichem Gebiet stand, fehlgeschlagen unmöglich, daß sie auf der anderen Seite jedoch aufzutreten notwendig ist, soll die politische Unterstützung des Reichstags befehlen zu einem Erfolg führen. Die Vergangenheit hat uns doch gezeigt, daß jede einzelne Stellungnahme ihren Anwendungsbereich und brauchen verfehlt ist. Eine Erklärung der Regierung, unter der nur eine Minderheit des Reichstags stehen würde, müßte ebenso wertungslos bleiben wie eine Resolution der Volksvertretung, unter der die Regierung nur mit halbem Herzen wäre. Man vergleiche sie, hören wir darüber darauf, die andere Seite vor vollendete Taten zu stellen und ihr nur das Entweder-Oder der Ablehnung der Zustimmung zu lassen. In der gemeinsamen Vorberatung jeder gemeinsamen Aktion kann und mag sich die Zusammenarbeit und das gemeinsame Gefühl bewahren, daß die nächste Freude dieses Mees für unser innerstaatliches Leben sein soll. Das ist der einzige „Parlamentarismus“.“

Die Absicht der Germania mag recht gut sein. Sie soll erst einmal sagen, wie es möglich sein soll, zwischen den Befürwortern deiner um Weltkrieg und den Anhängern des Verständigungspolitik irgendeine Verständigung zu finden.

Deutsches Reich.

Berlin I.

Die konservativen Volkspartei hat anscheinend größere Chancen, eine geeignete Kandidatur für die Erstwahl Berlin I zu finden. Die Kandidatur Dernburgs scheint sicher fallen gelassen zu sein; es heißt, die Berliner Parteileitung sei jetzt an Dr. James Simon, einen bekannten Vertreter der Kaufmannschaft, herangetreten.

Das Berliner Mitteilungsblatt der Unabhängigen ist mit, daß die Unabhängige Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl im ersten Berliner Wahlkreis „trotz allen Schwierigkeiten den Wahlkampf aufnehmen wird“. Das Mitteilungsblatt sagt weiter, man werde dann „daß liebliche Beispiel erleben, daß der Regierungsozialismus Schultern schüttelt mit dem liberalen Bank- und Konfektionskapital gegen den Kandidaten der klugen bewußten Arbeiterschaft kämpft“, daß es „eine unabhängige“ Gesichtswaage. Die Sozialdemokratie überall dort den Wahlkampf mit Entschlossenheit aufgenommen und durchgeführt, wo es sich darum handelt, Anhänger des Reaktion und der Anexionspolitik zu beseitigen. Das ist uns in Hause-Kammer in hervorragender Weise gelungen. Gegenüber halten wir es in der gegenwärtigen Zeit für ungünstig und schädlich, mit der konservativen Volkspartei Wahlkreise aufzugeben, da diese Partei auch und den bisherigen Wahlkämpfen nicht freiheitlich macht, da sie uns bei Kämpfen gegen die Reaktion unterstützt hat und da sie sowohl in der Friedensfrage wie in der Frage des gleichen Wahlrechts eine bedeckende Stellungnahme eingebracht hat.

Wenn die Unabhängigen von „Bank- und Konfektionspolitis“ reden, so mag es sein, daß sie durch die Geldmittel, die gerade sie von geldsäuerlichen Gönnern in Berlin W reich zu zugestellt erhalten, sich den Zugriff eines ausichtslosen Wahlkampfes leisten können. Unserer Berliner Parteileitung darf sie die Arbeiterschichten zu schade sein, um sie für solche Aktionen zu verschwenden.

Eine Rücksicht der Wehrordnung.

Der Bundesrat hat einem Gesetzentwurf zugesagt, der eine bedeutende Änderung des Militärverhältnisses des Landsturmpflichtigen mit sich bringen soll. Der Reichstag wird die ergänzende Änderung förmlich zu prüfen haben.

Über den Inhalt des neuen Gesetzentwurfs wird ausserdem folgendes berichtet:

Nach dem Gesetz vom 11. Februar 1888 treten die Wehrpflichtigen, die im Frieden dem Landsturm 1. Aufgabe übergeben oder aus der Erziehersreserve (Marinereserve) hinübergetreten, während des Krieges aber zum Dienst im Heere oder in der Marine berangegogen worden sind, bei Auflösung des Landsturms wieder zum Landsturm zurück. Der Zug hat aber den Beweis erbracht, daß sie unter ihnen eine größere Zahl von Leuten befindet, die sich völlig kriegsgebräuchlich erwiesen haben. Bleibt die bislang bestehende Verhältnisse (§ 33 des Gesetzes) bestehen, so würden die militärisch ausgebildeten Landsturmpflichtigen 1. Aufgabe bei Auflösung des Landsturms ohne Rücksicht auf ihr Alter weiter in ihrem Landsturmverhältnis bleiben und dem Landsturm 1. Aufgabe dann nicht nur unaufwändig, sondern auch eine große Zahl militärisch ausgebildeter Leute angehören. Am militärischen Interesse geht es aber, die jetzt im Kriege wertvoll ausgebildeten Kräfte für den Frieden die Kriegserfolge gleichwachsen zu machen, sofern sie sich bei der Wiederaufnahme des Landsturms noch in dem entsprechenden Alter befinden. Es sprechen hierfür auch sachliche und praktische Gründe, indem diese Mannschaften dann auch im Frieden dem Landsturm 1. Aufgabe überwiegen.

Die Kriegserfolge werden können. Das am 20. Mai

Landsturmpflichtigen und die zu ihm übergetretenen Erstwähler (Marinereerve) im Zeitpunkt der Auflösung des Landsturms, soweit sie militärisch ausgebildet sind, je nach ihrem Alter zur Reserve oder Landwehr (Seewehr) übergeführt werden.

Gegen den Antrag Röhrs.

In schärfster Weise sprach sich der Oberbürgermeister von Bielefeld in einer Versammlung des Bürgerausschusses gegen den Antrag Röhrs auf Abänderung des Ernährungsgesetzes aus. Von fortschrittlicher Seite war eine kurze Anfrage an den Stadtrat gerichtet worden, ob dieser schon zu dem Antrag Röhrs Stellung genommen habe. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Stadtrat noch keine Stellung genommen habe, er sei aber überzeugt, daß der Stadtrat die allergrößten Bedenken gegen diesen Antrag äußern werde. Würde die Änderung unseres Ernährungsgesetzes nach der Absicht dieses Antrags durchgeführt werden, so sei unsre gesamte Brotaufversorgung in großer Gefahr gestellt, eine gewaltige Preissteigerung würde eintreten. Eine derartige Politik würde die Stadt an den Rand des Bankrotts bringen. Groot des Antrags sei zweifellos, Verminderung zu schaffen, um einen großen Rückzug auf die Kosten der Bevölkerung und der Stadt zugunsten des Großgrundbesitzes zu verhindern. Auch der Stadtrat werde sicher gegen diese Verteilungen Stellung nehmen.

Ausland.

Schweiz.

Einführung einer Einkommens- und Vermögenssteuer abgelehnt.

Bern, 2. Juni. (Schweiz. Depechesagentur.) Heute fand die Volksabstimmung über das von 110 000 Bürgern unterzeichnete, von der Sozialdemokratischen Partei geschaffene und von einem Teile der übrigen demokratischen Parteien unterstützte Volksbegehren auf Einführung einer direkten Bundessteuer auf Einkommen von 5000 Franken und Vermögen von 20 000 Franken statt. Das Volksbegehren wurde mit einer Mehrheit von rund 40 000 Stimmen abgelehnt.

Großbritannien.

Lloyd Georges Entstellungen.

Daily News bringen eine Zuschrift des Unterhaussmitgliedes Bonjou, der sich nachdrücklich gegen die erneute Ungeuglichkeit der Rede Lloyd Georges in Edinburgh betreffend die Antwort der Mittelmächte auf die Reden Lloyd Georges und Wilsons verwehrt. Bonjou betont, daß die deutsche Offensive fehlgeschlagen, wie Lloyd George behauptet, die erste Antwort war und gäbe Johnson auf, daß auf dierede Lloyd Georges am 5. Januar und die Rede Wilson am 8. Januar Graf Czernin und Graf Herlitz am 23. und 24. Januar antworteten und dabei einige Vorschläge Wilsons annahmen und andere verwirrten. Hierauf hätten die Alliierten am 4. Februar durch die Versailler Erklärung geantwortet, die weiteren diplomatischen Verhandlungen die Tür verschlossen. Wilson aber habe am 11. Februar die Reden der Staatsmänner der Mittelmächte erörtert und vier Hauptpunkte aufgestellt, worauf Graf Herlitz am 25. Februar erwiderte, daß er sich mit den drei ersten bedingungslos und mit dem vierten grundlegend einverstanden erklärte. Am 19. März aber hätten die Alliierten in London eine Erklärung abgegeben, die weitere Erörterungen unmöglich mache. Bonjou schreibt: Es ist somit vollkommen klar, daß die deutsche Offensive am 21. März nebst die erste, noch überhaupt eine Antwort auf die Januarreden von Lloyd George und Wilson war. Sie war die Antwort auf die unverhoffte Haltung der Alliierten, wie sie in der Versailler Erklärung und dem Londoner Econciamento zum Ausdruck kam, durch die Wilsons Erörterung und Verhandlungsvorschläge erledigt wurden. Es ist einfach unverständlich, wie der Premierminister mit den genauen Kenntnissen dieser Ereignisse derartige Behauptungen aufstellen kann, wie er es in Edinburgh getan hat.

Keine Verbindung zwischen den Sinti und Deutschland

Der Berichterstatter der Daily News meldet aus Dublin: Vater Mac Brennan, Pfarrer zu Colfer im County Galway, erklärte: Als Priester und Mitglied der Sinnfeirengesellschaft während des letzten Jahres gebe ich Ihnen mein Ehrenwort, daß die Erklärung der Regierung, monatlich zwischen der Regierung der Sinnfeirengesellschaft und Deutschland Verhandlungen stattgefunden hätten, eine schreckliche Unwahrheit ist, und daß eine deutsche Invasion von der Sinnfeirengesellschaft niemals erwartet wurde.

Amerika.

Ein Buchhausurteil gegen einen Sozialisten.
Kansas City, 2. Juni. Wie die Deutsche Bureau meldet, ist die Frau des New Yorker Geschäftsmannes J. G. Phelps Stokes auf Grund des Spionagegesetzes zu zehn Jahren Buchhaus verurteilt worden. Sie war seit langem in der sozialistischen Bewegung hettätig.

Verbot sozialistischer Zeitungen.

Nach Social-Demokraten hat der Verein zum Schutz der bürgerlichen Freiheiten in New York die Liste der von der amerikanischen Justiz verbotenen 80 Zeitungen und Tagesblätter veröffentlicht, unter denen nicht weniger als 45 sozialistische Blätter sind. Vier sozialistische Blätter sind von der Postbehörde ausgeschlossen, darunter ein russisches Blatt und zwei große englische sozialistische Tagesblätter. Neunzig Täg. und Monatsschriften befinden sich des großen Lüftnerisch ausgestanzte Zeitungen befinden sich des großen Lüftnerisch ausgestanzte amerikanische sozialistische Monatsschriften. Das große jüdische Tagesblatt in New York Vorwärts ist vom Verbot vorläufig verschont geblieben, gegen die Verpflichtung, nicht über den Krieg zu schreiben.

Parteianangelegenheiten.

Der Parteiausschuh

beschäftigte sich im weiteren Verlaufe seiner Sitzung am Freitag mit dem Entwurf des neuen Aktionsprogramms. Genosse Scheidemann eröffnete das Referat. Es könne gar keine Rede davon sein, daß dieser Plan irgendwelche Forderungen des Erstutier Programms aufhebe oder preisegne oder gar das Programm als Unterlage unserer politischen Arbeit ausdehnen wolle. Entsprechend der Ausbildung des Würzburger Parteitages solle es vielmehr die Richtlinien geben für unter Handeln gewissen Notwendigkeiten gegenüber, vor die der Krieg die Partei gestellt habe. In diesem Charakter als Arbeitsplan seien auch die Beschränkungen begründet, die die Kommission bei der Absaffung habe aufzulegen müssen.

Noch einer längeren Aussprache, in der allgemein die Arbeit der Kommission für die Ausbildung des Aktionsprogramms anerkannt wurde und einige Wünsche nach Erweiterung geäußert wurden, stellte sich der Parteiausschuh in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand auf den Standpunkt,

dass man der Presse und den Organisationen noch Zeit lassen müsse, den Entwurf ausgiebig zu diskutieren. Die endgültige Beschlussfassung wird deshalb bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Genosse Otto Braun vom Parteivorstand macht noch Mitteilungen über die Entwicklung der Parteipresse und der Organisationen, wie sie sich nach den vorläufig noch nicht vollständigen Berichten der Organisationen darstellen. Sie ergeben, daß die Presse eine höchst erfreuliche Entwicklung an Lesern zu verzeichnen hat und daß auch die Parteorganisation wieder in guter Aufwärtsentwicklung begriffen ist.

Richtige Tafel?

Unter dieser Überschrift schreibt der Vorwärts vom 1. Juni: In Bielefeld soll zur Belämmung der Wohnungsnöt eine gemeinnützige Baugesellschaft mit einem Kapital von 500 000 Mark ins Leben gerufen werden. Die Vertreter der Bielefelder Arbeiterorganisationen (Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft) haben ihre anfänglich in Aussicht gestellte Mitarbeit an dieser Genossenschaft wieder zurückgezogen und diesen Schritt mit der Abrechnung des gleichen Wahlrecht in Preußen begründet, die ein vertrauliches Zusammenspiel zwischen Arbeitern und bürgerlichen Städten unmöglich mache, zumal in Bielefeld, wo die Richtung Wohmann in der Industrie vorangegangen ist.

Ebenso haben es die Gewerkschaften in Bielefeld abgelehnt, dem Bausubstanz der Ludendorffspende für Kriegsbeschädigte beizutreten, weil sie hierin eine Quelle für den ersten Generalquartiermeister seien, der in den Kreisen der Arbeiter als ein Vertreter der Richtung gilt, die sich in der Außenpolitik im Sinne eines Gewaltfriedens und im Innern im Sinne der Hindernisierung selbstkritischer Reformen befindet.

Wie können die Stimmen, aus der diese Beschlüsse entstanden sind, sehr wohl wohlbegründet und versehen. Dennoch glauben wir, entschieden darüber waren zu müssen. Wir schaffen die Standsicherheit politischer Demonstration aus zu treiben. Was das Baugesellschaftsprojekt der Stadt Bielefeld anbelangt, so kennen wir seine Einzelheiten nicht. Brachte es der Arbeiterschaft keine wirtschaftlichen Vorteile, so war die Beteiligung natürlich abzulehnen. Über die Abrechnung ist aus einem ganz anderen der Sache liegenden politischen Motiv erfolgt, und die wirtschaftlich zwecklose Mitarbeit scheint daraus hinzuleiten, daß man auch im Arbeiterviertel das Werk als solches für besond. aber wenigstens ausreichend hält.

Technisch liegt der Fall mit der Ludendorffspende. Auch wie hätten statt dieses Rennens der Spende einen Soldaten eingesetzt, der einfach der Sache entspricht, so wie es bei der Nationalspende für die Kriegshinterbliebenen der Fall ist, ohne daß dieser der sonstige demokratische Name gehabt hätte. Aber schließlich steht doch der Name des Instituts in zweiter Linie, in erster steht sein sozialistischer Name. Und der geht dahin, den Kriegsbeschädigten zu helfen, ohne dem Reich irgendwie seine Verpflichtungen abzunehmen, eine Belastung, die auch die Willkür der organisierten Kriegsbeschädigten gefunden hat. Die Mitarbeit bedeutet keine Quelle für den Rennens der Spende, sondern sie kann höchstens als eine Quelle für die Kriegsbeschädigten bezeichnet werden. Darauf wird sein organisierte Arbeiterschaft und Hilfe verlangen wollen. Auch die Bielefelder Genossen sollten deshalb die Sache über den Namen legen.

Aus aller Welt.

Feuerbrunst in Konstantinopel.

Konstantinopel, 2. Juni. Gestern nacht brach im Sultan-Selim-Viertel am Goldenen Horn ein Brand aus, der sich infolge des heftigen Südwestwindes rasch in den umliegenden Straßen und Häusern ausbreite und erst gestern abend gelöscht werden konnte. Zahlreiche der armen minderjährigen Wohlfahrtshäuser wurden eingehüllt. An der Hafseitation nahmen auch deutsche und österreichische Truppen teil. Der deutsche Botschafter Graf Berthold sprach der türkischen Regierung das Leid der deutschen Regierung aus und zeigte für die Brandstifter 250 Pfund.

Vorher sage der sächsischen Landeskriegerwarte für den 4. Juni:
Gleichzeitig ist nichts wesentliches Niedergeschlagen.

Letzte lokale Nachrichten.

Nährmittel-Verteilung.

Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom 12. Mai bis 8. Juni 1918 ausgedezelten Nährmittelportionen werden weiter berichtet: Abschnitt III der grünen Nährmittelportion A mit ½ Pfund Brot oder Brotdeutsch; Abschnitt III der roten Nährmittelportion B mit ¼ Pfund Dosenbrot; Abschnitt III der grünen Nährmittelportion C mit ½ Pfund gebrot Gruppen oder gekochten Gruppen; Abschnitt III der blauen Nährmittelportion D mit ½ Pfund Brot oder Brotdeutsch.

Eindruck in ein Seidengeschäft.

In der Nacht zum Sonntag drangen Einbrecher in ein Seidengeschäft am Altmühl ein, zerstörten das Ladengeschäft des Wirkstoffes und ließen sich an einem zum Büro gehörenden Sessel in die Lagerräume hinein, wo sie eine Anzahl Seidenstoffe stahlen. Kurz nach der Ausbildung des Liebhabers feierten einer politischen Radissonne am Ende der Victoria- und Wallstraße zwei jüdische Geschäftsmänner auf, ein schwuler Vater kleideten. Sie ergingen, als sie angehalten werden sollten, die Flucht, doch gelang es der Polizei, ihnen ihre gefälschte Wette abzujagen. Es wurden Seidenstoffe im Wert von 12 000 M. gefälscht und die weiteren Erörterungen ergeben, daß es sich um die aus dem Geschäft des Kaufmanns stammende Ware handelt.

Musigkärtte Diebstähle.

Zu drei Ladeneinbrüchen und einem Automatenraub wurde Sonnabend der Täter — ein 18jähriger Arbeiter aus dem Vorort — ermittelt und festgenommen. Am selben Tage fanden 15 Ladeneinbrüche durch Ermittlung der Täter ihre Auflösung. Ferner wurden in der Zeit von Sonnabend bis Montag ein Einbruch von der Polizei ausfindig gemacht, der in Trauten verarbeitet hatte, sowie zwei 16jährige Burschen verhaftet, denen man Ladeneinbrüche zum Schaden eines kleinen Warenhauses nachzuweisen konnte.

Eine Gasthauskneipe, die sich Leber nannte und in einem Hotel der Wilsdruffer Vorstadt Seiten und Kleider stahl, wurde von der Polizei als die 82-jährige Wirtshausfeststellte. Ihre Festnahmen ist noch nicht gelungen.

Selbstmorde.

Am Sonntag vormittag wurde in der Nähe des Kriegerfriedhofes im sogenannten Sandboden ein 20jähriger Arbeiter, der in der Kriegerfriedhofwohnheit gewohnt war, als Leiche aufgefunden. Wie sich herausstellte, hat er sich auf eine ungewöhnliche Weise durch einen Stein in den Kopf gerichtet. — Ferner hat sich in der vergangenen Nacht in einem Hause der Wilsdruffer Vorstadt eine dort wohnende 43 Jahre alte Scherbin vergraben. Sie ist vor dem genommenen Wiederbelebungsvorrichtung liegen geblieben ohne jeden Erfolg.

Stehlenbrände. Am Montag zuvor waren Giebelhäuser Straße 85 in einem Gebäude unter einer großen Welle ausgelöscht. Ferner wurde gestern Sonntag, nachmittags in der letzten Stunde, die Feuerwehr nach dem Rödelauer Platz oberhalb der Kriegerfriedhofswohnheit gerufen, wo eine Menge Säulenholz sich entzündet hatte. Auch hier lag Selbstentzündung vor.

Einnachzucker.

Der Stadtgemeinde Dresden ist ein Besten Zucker zur häuslichen Obstverwertung zur Verfügung gestellt worden. Gemäß den vom Königlichen Ministerium des Innern hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen wird für das Gebiet der Stadt Dresden folgendes bestimmt:

§ 1. Es gelangen Obligationszucker über je 2 Pfund Zucker zur Ausgabe.

Zum Sonn der Obligationszucker sind berechtigt:

a) alle Bürgersonnen, die am 10. Juni 1918 in Dresden ihren Wohnsitz haben — einschließlich der vorübergehend abwänd und der vorübergehend in einem Krankenhaus einer Alters oder einer Anzahl unterschiedlichen Personen.

b) diejenigen Militärs, die von der Stadt Dresden ständig mit Zucker versorgt werden — mit Ausnahme der Kriegsgefangenen und Gefangene, die sich nur vorübergehend in Dresden aufhalten.

c) diejenigen Sittenbücher, die zur Zeit der Kartenausgabe in Dresden aufbärtlich sind.

Die Ausgabe der Karten findet in Verbindung mit der Ausgabe der Lebensmittelkarten auf die Zeit vom 8. Juni bis 8. Juli 1918 statt.

Die Obligationszucker sind auf der Rückseite mit Namen und Wohnung des Inhabers zu verleihen. Die Übereinstimmung hat bis zum 31. Juli 1918 in den einköpfigen Gütekästen zu erfolgen. Die sofortige Einlösung der Obligationszucker ist nicht mögig, insbesondere bleibt es Haushaltungen, die mehrere Gütekästen erhalten, umso sammeln einen Teil des Zuckers erst gegen Ende der Gültigkeitszeit abzunehmen.

Zur Lieferung des Zuckers auch gegen Ende der Gültigkeitszeit kann mit Sicherheit gerechnet werden.

Nach Ablauf der Gültigkeitszeit ist die Belieferung der Obstzuckerarten ausgeschlossen.

Der auf die Obstzuckerarten gehaltene Zucker ist zur Verwendung beim Einnachen von Obst, im Süßem frischen Obstes oder zu ähnlichen Zwecken bestimmt.

§ 2. Jede empfangsberechtigte Person kann auf den ihr nach § 1 zustehenden Zucker bezüglich und darüber bevorzugte Belieferung mit fertigem Produktivität verlangen.

Wer von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, erhält statt der Obstzuckerarten einen Bezugspunkt über 25 Pfund Kunsthonig oder 25 Pfund Marmelade. Die Bezugspunkte werden bei späteren Verteilungen von Kunsthonig und Marmelade vorab und unbedingt der Aufprache ausgetauscht.

§ 3. Eine nochmalige Verteilung von Zucker zur häuslichen Obstverwertung findet in diesem Jahre nicht statt. Erst verlorener oder abhanden gekommener Obstzuckerarten kann in keinem Falle statt.

§ 4. Die Kleinhandelsgeschäfte haben bei der Belieferung der Obstzuckerarten die dienen zu gebrauchten Vorschriften zu beachten.

§ 5. Zuverhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach § 17 der Bundesstrafordnung vom 25. September 1915 mit Geld bis zu 1500 M. oder mit Freiheitsstrafe bis 6 Monaten bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere auch den, der sich mehr Obstzuckerarten als Bezugspunkte auf Kunsthonig oder Marmelade verschafft, als ihm nach den Vorschriften eine Bekanntmachung gestehen.

Dresden, am 1. Juni 1918.

Der Rat zu Dresden.

Gruppe Rähnitz.

Dienstag den 4. Juni
abends 8 Uhr (S. 40)

Sitzung bei Schumann.

Königl. Sächs. Landes-Lotterie

Ziehung 1. Klasse
12. und 13. Juni 1918

11000000, 55000000
in Betrau von

20 801 000

Hauptpreis erl. v.

800 000

speziell [~] 340

300 000

500 000

200 000

150 000

100 000

Preise der Lose I. Klasse:

1/10 1/5 1/2 1/1 Los

8.— 10.— 25.— 50.— M.

Voll-Losse

für alle Klassen gültig:

1/10 1/5 1/2 1/1 Los

25.— 50.— 125.— 250.— M.

Eduard Renz

M. S. stadtlokal-Einnahme
Dresden-A., Annenstr. 9
Bau-Denk. M. Deutsches Reichs-Postamt.

Ankauf alter Gebissen

abzie pro Jahr 55 Pf.,
Platin pro Gr. 7.50 M.
pro Stück

Zeitungen 32 Pf.

Taschenuhren

Besitzer, Zelloidin, Granatschmuck, Grammophonplatten & Schallplatten, Hausemann, nur Weberg, 25. L. 1. Preis, 25 Pf.

Gebrauchte 1 W. 52b

Gläsernkapself

um werden gelaut.

Metalleinsatzstelle

E. Kohiert

Seidinger Str. 10. Tel. 15622

2 Bettstellen

mit Matratze, 2 Kleiderkämme (1 das Nachts), Tischlern, 2 Matratzen mit Matrassen, Tischlern, Kleiderkämme, Stühle, Tische, 4 Kleiderb., Täbene, u. Sängerb., 2 Duschk., Blindschloss, Blindschloss, wie neu mit Glaspreis, am pf. Langemann, Gute Qualität 11. L. € 5.00.

Schlacht-Ranuchen

taut ohne Türe mit Fell pro Pf. 3.50 M. ohne Türe und ohne Fell pro Pf. 4.25 M. Ranuchen zu 20 Pf. pro Pf. Verpackung zu 10 Pf. Kosten über 20 Pf. ohne Verpackung 10 Pf. abzieben. R. Wieland, Dresden, Morawerstraße 89.

Leiterwagen, 1—6 Sit. Kükermagen u. Klapptüren, Arbeitshilfen, bill. zu vert. bei Ulrich, Prag 8. M. in der Nähe v. Postspiel u. Am See.

Musik-Alben

Der deutsche Choral / Die bekanntesten katholischen Gesänge und geistlichen Lieder 4.—

Das deutsche Lied / Etwa 150 ernste und heitere Lieder alter und neuer Meister 3.—

Was die Wandervögel singen / 115 Wanderlieder für Klavier 4.—

Das deutsche Volkslied / Bearbeitet für Klavier, mit beigelegtem Text, reich illustriert, geschmackvoll gebunden 6.—

Die Lieder des Zupfgeigenhansl / 240 deutsche Volksweisen mit Klavierbegleitung 4.50

Musikalische Edelsteine, Band 7 / Soeben erschienen, 47 Werke aus Opern, Operett, Possen, Tänze, Märsche, Lieder. Eleg. Einb. 10.—

111 Tänze der beliebtesten Komponisten, für Klavier. Hoheleg. Leinenband 8.50

Ouvertüren-Album für Pianoforte / Enthält 28 Werke von Beethoven, Donizetti, Lortzing, Mozart, Weber usw. 3.—

Transkriptions-Album / 16 berühmte Lied. f. Pianoforte. Fest. Einb. 8.50

Musikalischs Paradies / 24 neue Salon- und Charakterstücke, teils mit Text, für Klavier 4.—

Perlen der Musik / 47 der beliebtesten Lieder, Tänze, Märsche usw. für Haus und Gesellschaft, vornehm kartoniert 4.80

Opern-Album / Eine Sammlung der beliebtesten Opern-Potpourris. Hodie'sganter Leinenband 8.50

Klassische Stücke für Pianoforte / 46 Werke meist. Meist. Gutgeb. 8.50

Elite-Gesangs-Album / 40 berühmte Lieder für Singstimme mit Klavierbegleitung (Brahms, Rubinstein, Rich. Strauss, Cornelius u. v. a.). Geschenk-Leinenband 8.50

Elite-Pianoforte-Album / 27 der besten Klavierkompositionen unserer bedeutendsten Meister. Geschmackvoller Einband ... 8.50

Residenz-Kaufhaus

G.m.b.H.

Dresden-A., Prager Straße - Ecke Waisenhausstraße

Postscheck-Konto Leipzig 22613

MUSENGALERIE

■ Köthen, Kreisbörse 21. 10. Uhr: ■ Heute neues Programm!

■ Die Regimentstorler ■ Käufe 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533.

Sächsische Angelegenheiten.

Bernachlässigung der Fortbildungsschule.

Schon wiederholt haben wir — so lesen wir in der Chemnitzer Volksstimme — dengen Einstellung genommen, daß in der Kriegszeit viele Unternehmer von der Schulbehörde die Genehmigung erhielten, ihre Lehrlinge vorübergehend vom Fortbildungsschulbesuch fern zu halten. Als eine nur kurze und vorübergehende Kriegsmaßnahme hätte man solche Schulbefreiung mit Nachdruck auf unterschiedswirtschaftlich unanständig dahingehen lassen können. Die Schulverwaltungen haben zwar von vornherein dengen ihrer berichtigten ersten Gedanken gehabt und sind auch lange wenig dagegen gekommen. Sie mußten jedoch später fürsicherer Einsichtigen gegenüber einen Fehlerlande aufsuchen. Richtig ist der Krieg nur solang, dass es keine viele Schulbefreiungen jedoch nicht nur für unten Nachdruck, sondern für unter Wirtschaftsleben überhaupt eine Gefahr und noch wohl kaum so weit in der Bevölkerung, daß man Unternehmen bei der Bemühung von Fortbildungsschulunterricht einer Schädigung vom Fortbildungsschulbesuch nicht viel weiter entgegenkam, als es im Interesse der Kriegswirtschaftlichkeit unbedingt notwendig ist.

Eine außerordentlich erfreuliche Erscheinung ist es, daß in letzter Zeit die Schülungs- und jugendlichen Arbeiter jetzt den prangenden Wunsch äußern, wieder am Fortbildungsschulunterricht teilnehmen zu wollen. So wurde und jetzt bemeldet, daß bei einer organisierten Meisterschaft groß dort beschäftigte Schüler eingeschritten. Sie würden unter allen Umständen die Fortbildungsschule wieder besuchen. Da steht nun das überdrückt ein, daß die Räume den Lehrlingen androhen, den Zeugnisgültigkeit, der zum Lehrlingslohn gewährt wird, zu entziehen, was in wieweit gelungen, daß die Unternehmer den ersten Bildungsschrieb unserer heranwachsenden Jugend durch Erwerbung des Sohnes befreien wollen. Es wäre daher wieweit die Leute dazu bestimmt, doch sich Schul- und Miltärberufen und die Verantwortlichkeiten einmal gemeinsam überlegen, ob es nicht doch gerade wieder an der Zeit ist, mit den Schulbefreiungen vom Fortbildungsschulunterricht ein Ende zu machen.

In den Parlamenten bereitet man jetzt allgemein eine Reform des Hoch- und Fortbildungsschulunterrichts vor, und zwar vorstellig, weil man weiß, welche hohe Bedeutung einer guten praktischen und fachtechnischen Ausbildung unserer heranwachsenden Jugend in der deutschen Volkswirtschaft noch dem Kriege zukommen wird. Auch der sächsische Landtag wird sich in seiner diezähreigen Beratung mit dieser wichtigen Frage zu beschäftigen haben. Bis zu diesem aber alle guten Schuleinrichtungen, wenn man den jüngsten und jugendlichen Arbeitern die Möglichkeit räumt davon zu profitieren, das kann unmöglich länger so weit zögern, bis allgemeine und lückenlose Fortbildungsschulgängen für alle jungen Leute ist deshalb eine dringende Forderung der Zeit.

Soweit die Volksstimme. Wie können ihnen berechtigten Verdankungen noch hinzufügen, daß wir fürsich bei einem Blick in die Chemnitzer Hoch- und Fortbildungsschule Gelegenheit hatten, eine Masse zu beobachten, wie alle einmal vom Fortbildungsschulunterricht ferngehaltenen, also wegen Kriegsbedarf reklamierten Schüler, von der Fragestellung beim Unterricht ausgeschlossen werden müssen, weil sie vorher infolge ihrer Reklamation durch den Lehrkörper nicht in der Lage gewesen sind, dem Unterricht folgen zu können. Deren Zahl war nicht gering. Daraus ergibt sich aber, daß für diese Fachschüler nicht nur die Art, nämlich möglichst für ihre Ausbildung verloren, in der sie die Zulassung zu einer solchen schulischen Bildung nicht finden. Zu so hohen Sätzen steht dann auch die spätere Untertritt für sie ohne jeden Nutzen. Man sieht daraus, daß der durch die geistige Verhaltung vom Fortbildungsschulunterricht erzielte Schaden erst großer in der Zukunft, wenn man lediglich die Zeit des Fernbleibens berücksichtigt.

Kriegeransiedlungen und Gemeindelasten.

In bürgerlichen Zeitungen wird offenbar auf Verwaltung von beteiligten Seite folgendes veröffentlicht:

Die Durchführung der Kriegeransiedlung, die von allen Kreisen als eine Lebensfrage unserer nationalen Zukunft und als eine Hauptaufgabe der kommenden Friedenszeit angesehen wird, weist in Landgemeinden, namentlich in Vorortsgemeinden, die Erfahrung, daß dadurch eine Verschleierung der Armen- und Schulläste zu den Ungunsten erfolgen könnte. Diese Verunsicherung droht, um so lebhaft je unbegründet oder übertrieben ist, dem Amtshauptmann erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten. Um sie zu befreien, ist bereits in dem Aufdruck des Reichstags für Ernährungspolitik beantragt worden, größere staatliche Hilfe zur Erleichterung der Kirchen-, Schul- und Wegebauarbeiten zur Bildung neuer Ansiedlungen zur Verfügung zu stellen. Auf eine vom Rat zu Dresden gemeinsam mit den Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und -Neustadt eingehende Eingabe hat nun das sächsische Amtshauptamt erneut erklärt, daß, wo durch die Eindringung eine ungünstige Veränderung der Schulosten zu befürchten steht, durch Verabredung laufender staatlicher Zuflüsse an die betreffenden Abfälle zu schaffen. Zu diesem Zweck ist bereits im sächsischen Staatshaushaltspolzen von 1918/19 die Verhinderungsumme für Beihilfen an bedürftige Schuleinrichtungen von einer Million Mark um 100.000 Mark erhöht worden, und das Ministerium hat in Aussicht gestellt, auf eine weitere Erhöhung in den folgenden Haushaltspolzen hinzuweisen. Es ist zu hoffen, daß mit der Ausübung auf diese Weise auch die landlichen Gemeinden der Ansiedlung von Ansiedlern, die von den anderen öffentlichen Körpern, Staat, Bezirksverbänden und Städten mit Unterstützung der Landesiedlungsgeellschaften „Sächsisches Heim“ und der verschiedenen Bezirksiedlungsgeellschaften lebhaft werden, auch überreicht das tätige Interesse entstehen werden, das die große Aufgabe gerade von ihnen in ihren Siedlungen fordert.

Zer hier berührt Zorgen wäre man glott überhoben,

wenn die Gemeindelastenfrage nach den Forderungen der sächsischen Vertreter im Landtag geregelt worden wäre.

Unmöglich sächsische Absichten auf Litauen.

Zur sächsischen Zeitungsschrift wird wegen seiner offiziellen Verantwortung der sächsischen Pläne mit Litauen von der sächsischen Post also angesetzt:

Demgegenüber ist nach wie vor zu erklären, daß der Weg einer sächsisch-litauischen Personalunion eine feste, sichere Entwicklung im Osten so gut wie unmöglich macht. Diese verlangt vielmehr, um u. a. auch für die sächsische einfließende starke polnische Wohlhaber in Litauen ein genügend kräftiges Gegengewicht zu schaffen, unbedingt den festen Anschluß Litauens an die Krone des preußischen Königs bzw. des Deutschen Kaisers.

Das litauische Volk will sicher weder einen sächsischen noch einen preußischen Prinzen.

Ein sächsisches Herrenhausmitglied gestorben.

An 80, seinem Wohnort, ist der Kommerzienrat Lange gestorben, der Mitglied des Ersten Ständesamtes war, dort aber nicht hervorgetreten ist.

Die Zuständigkeit der Mieteinigungsdämter.

Eine von dem Landgericht II in Berlin ergangene Entscheidung hat noch Zeitungsberichte die Bundesratsverordnung zum Schutz der Mieter und damit die Mieteinigungsdämter nicht in jedem Mietungsfall für gültig erklärt. Das Leipziger Mieteinigungsdamt hat sich hierzu dahin geäußert, daß es die Anwendung der Mieterschutzverordnung nicht auf die Fälle beschränkt, in denen es sich um Rückerstattungen zum Zwecke der Mietzinssteigerung handelt, aber daß das Mieteinigungsdamt sich jeder Entziehung über die Rechts Gültigkeit einer Rückerstattung nach bürgerlichem Recht, als nicht zu seiner Zuständigkeit gehörig, enthält.

Leipzig. Die Große Leipziger Straßenbahnen hat seinerzeit von der Regierung die Ermächtigung erhalten, für einfache Fahrtkarten 15 Pf. und für Umsteigefahrt 20 Pf. zu erheben. Wenn auch die Straßenbahnen-Gesellschaft von dieser Ermächtigung nicht in vollem Umfang Gebrauch gemacht hat, sofern als sie auch für die Umsteigefahrten nur 15 Pf. erhebt, besteht doch immer noch die Möglichkeit, daß sie jederzeit von dieser Ermächtigung Gebrauch mache. Um die Unsicherheit der künftigen Fahrpreisgestaltung zu befreien, ist der Rat gegen das Vorbeleben dieser Ermächtigung vorstellig geworden, mit dem Erfolg, daß sie jetzt aufgegeben worden ist. Daher bleibt es bei dem jetzigen Fahrpreis von 15 Pf. auch für Umsteigefahrten.

Glauchau. Den Handel mit Backwaren hat die Amtshauptmannschaft, um einer vorzeitigen Belieferung der Brotmarken vorzubeugen, innerhalb ihres Bezirks Dommitzsch allgemein verboten. Wer dem widerhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe von 50 000 M. bestraft.

Marienberg. Infolge der Notlage der böhmischen Grenzgebiete haben sich die sächsischen Grenzgemeinden entschlossen, den Landsleuten jenseits der Grenze nach Möglichkeit zu helfen. So hat auch die Amtshauptmannschaft Marienberg einigen böhmischen Gemeinden 200 Rentner Kartoffeln und 200 Rentner Kohlrüben überwiesen.

Mittweida. Der bietige Stadtrat beobachtigt, an werdende und junge Mütter Eßen aus der Volksküche als Extra-Hilfe abzugeben. Die Abgabe soll an unbekannte Mütter kostlos erfolgen, an bemittelte gegen Entrichtung einer möglichen Vergütung.

kleine Ansichten aus dem Lande. Der 50 Jahre alte Bauarbeiter Franz Niemann in Wehlen, Vater von sechs Kindern, kam beim Abriss eines Gerüsts am neuen Kraftwerk an der Hermanns-Große-Straße so unwillkürlich zu Fall, daß er wenige Stunden darauf der dabei erlittenen Gehirnerschütterung erlag. — Am Freitag mormittag ist ein 50 Jahre alter Rottenführer der sächsischen Staatsbahnen auf der Leipzig-Dresdner Eisenbahn in Kürschnersheim Verstorbene beim Rebeschreiten eines Bahngleises von einem anfahrenden Personenzug gefaßt und gleichzeitig worden. Infolge der eintretenden Verlegungen in der Lunge ist er sofort eingetreten. — Durch Blitzschlag wurde im Treppenholz zwischen Borsdorf und Neukirchmühle ein Waldbrand verursacht, der zwar zunächst unterdrückt werden konnte, aber infolge des eintretenden Windes neu entzündet wurde und größere Ausdehnung annahm. — Der 16 Jahre alte Schüler Rudolf Junge in Borsdorf wurde von einem Auto gerollten, es trat Bluterguss ein, die innerhalb 24 Stunden zum Tode des Jungen führte. — Aus noch unmittelbarer Nähe sind Donnerstag Vormittag in Neustadt der 40 Jahre alte verheiratete Kunstmaler Karl Louis Leibert aus Schneidersberg, der von Seide bewußt ist, auf der Brücke Weißer Hirsch am Bahnhof einen tödlichen Tod. Seine Leiche wies schwere Verletzungen auf, die der Verurteilte durch das Forstberger, neben dem er gefunden wurde, oder durch einen Stein in den Schanz entstehen haben kann.

Stadt-Chronik.

Brot und Kartoffeln in der ne'en Versorgungsperiode.

Während die Nationierung des Brots fürs Frühstück und die Preisbildung, gemessen an anderen Produkten, erträglich gestaltet wurde, ist dies bei der Kartoffel leider weniger der Fall. Die Nationen sowohl wie die Preise der Kartoffeln sind in den Kriegsjahren schwankend gewesen. Voll ausreichend zur Ernährung waren aber Brot wie auch Kartoffeln nie.

Auf drückendsten werden knappe Nationen vor Beginn der neuen Kriege. Diese Zeiten stehen uns in Bälde bevor. Auf den Hoffnungen auf Zuflüsse aus Südrussland, der Ukraine und Rumänien ist schon viel Wein zu Wasser geworden, und dennoch werden wir dauernd auf Zuflüsse aus diesen Regionen hoffen müssen, wenn irgendwie die notwendigsten Brot- und Fleischrationen eingehalten oder erhöht werden sollen. Nun sind aber sabelharte Preisknotierungen über das ukrainische Brot durch die Presse gegangen. Sollte der fünfzig Pfundpreis danach notiert werden, dann dürfte ein Auskommen leicht mit stiegsmäßigem Arbeiter- und Angestelltenlohn möglich werden. Es könnte auch nur das Reich ausgleichend handeln, indem es den überschreitenden Preis im Interesse der Allgemeinheit darzulegen. Ob das Reich dann durch einen Aufdruck auf die auszuhaltenden oder Durchgangsswaren sich standlos halten kann, mag vorläufig unbestimmt bleiben. Sollte aber der ukrainische Brotpreis als Weltmarktpreis Gelung bekommen und unsere Brotproduzenten damit begünstigt werden, dann würden ganz unhaldbare Zustände eintreten.

Die vorjährige reichliche Kartoffelernte ermöglichte uns, bis Ende Juni mit der bislängigen Kartoffelernte rechnen zu können. Wie aber von Anfang Juli bis Mitte August die Kartoffelernte gestaltet wird, steht noch dahin, denn allzu günstig liegen die Kartoffelvorräte auf dem Lande nicht mehr. Würde doch auch in diesem Jahre die Kartoffel an Stelle der Kohlrübe als Alterswelschreitungsmittel gelten. Dadurch würde die Ernährungsweise erträglicher.

Die Vorratsbelieferung von Kartoffeln hat bei vielen Konkurrenten Anfang gefunden. Trotzdem aber die Dresdner Hauskontrollen in übergrößer Weise eine gute pflegliche Behandlung und einen ganz mäßigen Überverbrauch feststellen konnten, muß doch legen Endes dagegen Einspruch erhoben werden, daß die Kartoffeln den Verbrauchern wohllos für ein ganzes Versiegungsjahr in die Hände gegeben werden. Ohne Zweifel würde der Krieg am Ende des Jahres größer sein als bei strenger Nationierung, wenn auch die allgemeinen Kosten und selbst der Schwund durch die gleichmäßige zeitliche Verteilung höher liegen. Ein weiteren gegenteiligen Faktor bilden die Transportchwierigkeiten. Aus diesen und anderen Erwägungen heraus ergibt sich, daß unsere Kartoffelversorgung in den bisherigen Jahren eingehalten und aufgebaut werden sollte. Natürlich steht bei all dem immer wieder die Förderung nach der 10-Pfund-Wochenration im Vordergrund.

Was die Preisbildung bei der Kartoffel anbelangt, so muß unbedingt darauf hingearbeitet werden, den Preis so erschwinglich wie nur irgend möglich einzustellen. Tatsomit doch keine der Produzenten den drei- und vierfachen Betrag für die Kartoffel wie in Friedenszeiten. Was beim Broten möglich ist, muß auch bei der Kartoffel erreicht werden. Leider haben wir in unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise keinen erprobigen Produktionskreis als den geldlichen gelehrt, und das muß erblühend auf die Kreise der minderbeamteten Verbraucher, seien es Arbeiter, Angestellte oder Gewerbetreibende.

Siedlungsgeellschaft Dresden-Stadt und -Land.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und der Siedleransiedelung ist im vergangenen Jahre die Landessiedlungsgeellschaft „Sächsisches Heim“, G. m. b. H., vom sächsischen Staate, den Bezirksverbänden, zahlreichen Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Korporationen, unter lebhafter Beteiligung aller an der Förderung des Wohnungsbauens interessierter Kreise, momentan auch der Industrie, gegründet worden. Um für die Tätigkeit der Landessiedlungsgeellschaft den Unterbau zu schaffen und dabei die Gemeinden und Bezirksverbände zu entlasten, haben sich seitdem in verschiedenen Bezirken des Landes örtliche Organisationen gebildet, denen sich nunmehr eine solche auch für Dresden und Umgebung zugesellt hat.

Von der Stadt Dresden und den Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und -Neustadt seit langem vorbereitet, ist längst unter dem Namen „Siedlungsgeellschaft Dresden-Stadt und -Land“ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von 2½ Millionen Mark gegründet worden, deren Zweck es ist, in enger Führung mit allen Städten, welche ähnliche Zwecke verfolgen, im Gebiete der Stadt Dresden und der Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und -Neustadt die Herstellung und Verbesserung von Kleinwohnungen für die minderbemittelten Verbraucher, Belieferung im allgemeinen sowie die Ansiedelung von Kriegsteilnehmern im besonderen planmäßig zu fördern. Dies soll momentan dadurch geschehen, daß die Gesellschaft zur Herstellung und Verbesserung von Kleinwohnungen, für die von der Gesellschaft im Interesse der Gesundheit und Wirtschaftlichkeit bestimmte Mindestanforderungen aufgestellt werden sowie insbesondere zur Errichtung von Wirtschafts- und Wohnheimstätten für Kriegsteilnehmer im Sinne des Gesetzes vom 5. Mai 1916 und der Ausführungsverordnung vom 9. November 1916 Land und Geldmittel oder Kredit entnommen selbst beschafft oder vermittelt.

Die Gesellschaft gewährt ihre Förderung gleichmäßig Bauvereinigungen, Gesellschaften und Einzelpersonen, die sich den von der Gesellschaft zum Abschluß der Spekulation aufgestellten Bedingungen unterwerfen. Die Gesellschaft kann auch Land zur Erhaltung und Pflege von Grünflächen und Bäumen sowie für sonstige öffentliche und gemeinnützige Zwecke erwerben. Außerdem hat die Gesellschaft die Aufgabe, im Zusammenwirken mit den Behörden die Teilnehmer jahrsständig zu bewerten. Sie hat sich schwunggemäß öffentlichen in steter Führung mit den beteiligten Gemeinden zu halten, deren berechtigte Interessen zu wahren und dafür zu sorgen, daß innerhalb eines amtshauptmannschaftlichen Bezirkes die einzelnen Gemeinden funktional gleichmäßig behandelt werden.

In dieser Gründung haben sich die Stadt Dresden mit einer Million Mark, der Bezirksvorstand Dresden-Alstadt mit 250 000 Mark, der Bezirksvorstand Dresden-Neustadt mit 225 000 Mark sowie verschiedene Gemeinden dieses Bezirks mit weiteren 75 000 Mark beteiligt, während der Rest sich auf Gründungsunternehmen des Dresdner Wirtschaftsgebietes und gemeinnützige Gründer der Kriegeransiedelung verteilt. Einen erheblichen Beitrag hat auch der Verein Heimatdank für die Stadt Dresden übernommen.

Der Zentralarbeitsnachweis für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden

hielt seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Mitgliederbestand des Zentralarbeitsnachweises hat auch im abgelaufenen Jahre einen erfreulichen Zuwachs erfahren. Während 1913 sieben Städte und Landgemeinden dem Verein angehörten, waren es 1917 bereits 145; außerdem noch sechs Bezirksvorstände. Auch aus Arbeitgeberkreisen traten ihm neue Mitglieder bei. Der Ausbau der Arbeitervermittlung wurde im abgelaufenen Jahre energisch weitergeführt. Der Zentralarbeitsnachweis hat zur Zeit Niederstellen in Cossebaude, Niederleisitz, Potschappel, Kötzschenbroda, Radeberg, Hellerau, Dippoldiswalde, Weinböhla und Mügeln. Auch in seiner Eigenschaft als Hilfsdienststelle und Hilfsorganisation des Kriegsamtstelle Dresden bei der Organisation der Beschaffung von Arbeit und Unterbringung von Arbeitskräften hat er umfangreiche Aufgaben zu lösen.

Über die Vermittlungstätigkeit des Zentralarbeitsnachweises gab der Vorstand folgende Zahlen: Ins gesamt meldeten sich 39 270 Arbeitsuchende, von denen bei 44 366 offenen Stellen 32 356 vermittelt wurden. Somit wurde 82,4 Prozent der Arbeitssuchenden Arbeit und Verdienst nachgewiesen und 73,1 Prozent der offenen Stellen beflegt. — Bei der Nacharbeitung für die Kriegsbeschädigten trat eine bedeutendere Steigerung der Vermittlungsergebnisse gegenüber dem Vorjahr ein. Im ganzen meldeten sich 163 Kriegsbeschädigte, von denen 1279 Arbeit nachgewiesen wurde, bei 1878 offenen Stellen. 75,5 Prozent der arbeitsuchenden kriegsbeschädigten wurden vermittelt, wobei besonderer Wert auf dauernde, möglichst Lebensstellungen gelegt wurde. Nicht nur leicht, sondern auch schwerkrank.

Leben · Wissen · Kunst

Überfluss.

Nroman von Martin Andersen Nægård.
Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Dänischen
von Hermann Rieb.

„Meine Lippen wurden schwarz; „Ich will so entgegen-
kommen sein, zu geben, doch so einer auf niemand anders
wollen kann als auf mich. Aber wie mich ich denn sein, um
nicht so einer zu heißen? Sie müssen wirklich antworten; es
ist mir sehr daran, in Jahren Augen nicht so einer zu sein.“
Er verzerrte den Mund höhnisch, so oft er die beiden Worte
mutterte.

„Schön!“ Elle zuckte bloß geringelnd mit der Ober-
lippe.

„Er wurde gezwungen: „Es ist meine eigene Schuld, wenn
ich keine Antwort bekomme. Ich habe versucht geträumt. Ich
wollte nicht: Wie man sein soll, — denn das würde ungewis-
heit zu viel voraussetzen. Aber wie soll man denn ausschließen?
Doch nicht wie Sie,“ erwiderte sie abgambend. Die

„Rein, das geht bei nahe aus dem hervor, was Sie be-
reits angeküsst haben. — Nun soll dich baldig und baldig
und hinreichend dummkopfisch sein, viele Käse wiegen und Sie ent-
sücht anhören können, nicht?“

„Und am liebsten nicht gar so mürrisch gegen Sie sein,
wie Sie sind.“ sagte die Mutter erzürnt. „Ich hab es schon
so oft gelegt. Sie sollten wirklich etwas blutteinigenden Tee
vertragen.“

Zander lachte hell auf: „Sie sind ja geradezu entzückend
zusammen. Ich glaube, das sieht an. Aber wissen Sie was, ein
geringeres Quantum Dummmheit würde sicher wirken als
die bestürzende Tee. Man sollte nicht denken können, man sieht sich an so vielem zornig.“

„Ja, Sie sollten es sich abgewöhnen, immer so viel zu
grinsen. Man kann sich doch ebenso gut an den Dingen er-
freuen, wie Sie sind.“

„Selidene Worte im Munde der Unnützlichen,“ sagte
er und männliche Gelegte Wohlgefallen. Er verbeugte sich
zurück vor Brautlein Elle und grins hinauf.

Ganz recht; die Dinge nehmen, wie sie waren; zu dem
Zielat war ja auch er gekommen. Aber für sie lag es auf der
Hand und bedeutete Freude; er mußte durch Verzweiflung
und Traum dazu kommen, und für ihn bedeutete es Reli-
gion. Die Dinge zu nehmen, wie sie waren, war für ihn
zu einer ganzen Lebensanschauung geworden, aber dahinter
lag kein ganzes Leben und Sträubte sich und wollte mit Ge-
walt und Macht anders sein.

Er betrachtete den Strauß, noch daran, suchte wie ge-
nöblich nach einer Karte, jand über seine. Diese Karte Hand
die immer hatte ihn zusammengehalten, da war die große, gelbe
Blume in der Witte. Aber wer? Wer? Wer sie jung? Wer
häufig? Vielleicht übrig? Oder groß und schlank? Er
suchte das Große, Schlanke — konnte aber übrigens auch
das Kleppig gut finden.

Er lächelte. Da war schon wieder der Vorbehalt; in
jeder Angst, entläufen zu werden, erweiterte er den Umfang
seines Flehens. Er liebte ja das Ueppige gerade nicht!
Daran dann nicht gleich behaupten, daß er alte, zahnlose
Säuer bevorzugte? Dann war er vor jeder Übertrumpfung
über —

Und doch war der Strauß schön, ungeschickt, aber schön;
es war etwas Ähnliches, Naibes daran. Dieses Unbeholfene
sonne er gut leiden, — es deutete auf Unberücksicht. Wann
würde der Abend sich wohl entföhnen?

Stolzheim! Heimliche Zusammenkünfte im Walde
oder in dem kleinen Gebüsch jenseits des Kirchhofes! Schöne
Kerle im Laub, die nur den beiden bekannt waren! Und
ein wundertames Glück, das durch ihre Furcht entdeckt
wurde, gesteigert wurde. Denn sie war ja nicht un-
erträglich. Und im Winter! Das gefährliche Spiel mit den
mächtlichen Tiefen, wo man über den Speicher und die
Treppe hinabstieg, die Schuhe in der Hand, und wo sich sich
der Mund zuholten möchte, um vor Lachen nicht heraus-
zuspielen. — Von all dem hatte er nichts gesagt; er war
zu stammt gewesen und hatte auch niemand gehört. Aber jetzt,
da wollte er die Jugend ausspielen, die so schön war, und die
er aus dem kleinen Grunde geringgeschätzt hatte, aus dem der
die Trauben verschwanden. Es wogtete rhythmisch in
seinem Blut, sein ganzes Leben lang.

Und doch, war es nicht lächerlich: eine Liebe ganz ins
Blau hinein, ohne Gegenstand? Denn er hatte ja nicht
immer eine Abhängigkeit davon, wer es war. Und er mit seiner
Vorstellung der Frau und seinen müßtnerischen Theorien über
den Verhältnis der beiden Geschlechter! — Nein, es lag bloß
darin, daß hinter Verachtung und Theorien auch in ihm ein
Gewußt wohnte, der menschlich fühlte und namentlich mensch-
lich handelte. Es gab doch etwas, was nicht Tradition war,
nicht tote Überlieferung, sondern ursprünglich, urmenschlich!

Er summte vor sich hin, während er in den Weg eindrog,
um Zuge zu beschaffen. Ein Ende weiter begnügte er den
Fotobogen, der ihm einen Brief reichte. Er öffnete ihn, sah
auf die Unterstrich und schrieb. Dann setzte er sich auf den
Strohtonno, um in Ruhe zu lesen:

Domborg, 8. September 1892.

Berter Herr Baader!

Sie dürfen sich nichts einbilden, weil ich diesen Brief
zu Sie schreibe. Das tu ich nur, damit Sie nicht auf mich
zurückfahren, wie alle anderen. Denn Sie sind neu-
zeitler gekommen, und da meine ich, es wäre nicht richtig für
Sie, wenn die anderen auch Sie in Ihre Gewalt befähmen.

Zeitdem Sie hier waren, habe ich jeden Tag an Sie
geschrieben und mich Ihnen erklären wollen, denn ich weiß
nicht gut, daß ich mich an jenem Abend nicht richtig be-
fremmen habe; und ich konnte Ihnen ansehen, daß Sie eine
ähnliche Meinung von mir gewonnen. Aber die Verhältnisse
waren das aus mir gemacht. Sie würden mich wohl ent-
schuldigen, wenn Sie wüssten, was ich gelitten habe.

Aber das weiß kein Mensch. Und ich will mich gar
nicht entzündigen, denn ich sehe sehr wohl ein, daß die
anderen in allem, was Sie sagen, recht haben. Ich sehe die
Sache bloß anders an als die anderen, und das muß mit
genötzen sein. Die andern leben ja auch nicht mitten drin.

Als ich Sie hab, daß ich mir gedacht, daß Sie viel ge-

litten hätten und in der Lage sein müßten, das, was die anderen Querle nennen, zu verstecken. Und als ich Sie sprechen hörte, da wurde in meiner Seele ganz sicher — Sie glauben so ganz und gar nicht meinem Mann, dem Kandidaten und den anderen hier in der Stadt. Aber jetzt haben die anderen Sie wohl auch mit Weißblatt belegt, da Sie nie mehr bekommen? Und so muß es auch sein. Es betrifft mich nicht, weil ich beschlossen habe, mich durch nichts mehr betreiben zu lassen. Aber wenn Sie eine gelbe Blume am Wege sehen, so denken Sie an diejenigen, die unter dem Unterteil aufruhen gehen müssen.

Die gelbe Blume ist vom lieben Gott dazu bestimmt,
niedergerufen zu werden, und so geht es auch den Frauen, ihr Glück liegt unter der Fertig des Mannes. Und Mann zu
sein, ist gleichbedeutend damit, brutal auf allem Schönen
herumzutrampern; aber Weib bedeutet, sich in den Staub
treten zu lassen, ohne zu rütteln. Ich will auch ganz Weib sein
und nicht klagen; aber Sie sind nicht wie andere Männer.
Sie sind seiner und jenseitiger, darum habe ich an Sie ge-
schrieben.

Ob Sie wohl auf diesen Brief treten werden? Wenn
nicht, will ich Ihnen einmal mein ganzes Leben erzählen;
es handelt von einer schönen Blume, die auf einem Misthaufen
umgepflanzt wird.

Freundlichen Gruß

Laura Kreuzer.

Karl hobte vor Erstaunung, als er den Brief gelesen
hatte. Das war also der Ursprung der Sträuze. Seine
erste Eingebung war, nach Hause zu laufen und die Blumen
aus dem Fenster zu werfen. Doch dann wurde er fröhlich
und lustig; gerade so mußte ja das große Glück zu ihm
kommen, verzerrt, entstellt — war er ja an etwas anderes
gewöhnt gewesen? „Es ist bloß so, wie es sein soll.“ wieder-
holte er höhnisch.

Wie hochmäsig Freude dachte er sich in die Rose des
Liebhabers einer betrogenen hysterischen Frau hinein; mit
blutiger Selbstironie nahm er den Gedanken an heimliche
Stelldeiche auf; den ganzen Stimmungsgang der Liebe be-
kannt vor dem Verzerrter Horizont herauf. Das Leben nehmen,
wie es war — sich seiner zu erinnern, wie es war, das war
das Ziel.

Wieder las er den Brief, und diesmal tat ihm die
Schreibweise leid. Mußte er, der selber so viel gelitten hatte,
nicht der legte sein, der eine Unglücklich verhöhnte, selbst
wenn sie den Verlust modus, ihn mit auf den Grund zu
suchen? Er mußte doch diese Blumen bekämpfen, um der
Zerkirzung und des verzweifelten Lebensdrangs willen, der
sie ans Licht trieb, um des Todesangstschreis willen, der
von ihnen ausging!

Aber hiernach zu Hage gehen . . . das konnte er beim
besten Willen nicht. Wie war es, wenn er den Kandidaten
besuchte, der sich offenbar aus Scham von ihm fernhielt — als
ob man auf dieser wunderbaren Erde überhaupt einen Vor-
wand hätte, sich zu schämen. — Da konnte er dann im voraus
den erbärmlichen Anblick eines Liebesvergängtums zwischen
einer befriedeten Frau und einem verhältnismäßig jungen
Mann genießen. (Fortsetzung folgt.)

Der „heilige Geist“ in Weiden.

In der guten oberpfälzischen Stadt Weiden hattet sich, so
berichtet die Fränkische Landeszeitung, seit Jahren eine von einem
„Obersekretär und Co.“ getragene, aus religiöser Vertrüchtigkeit und
höchstem Schwund gemäßigte Beimpfung entwölft, die ein ultra-
modernes Platz, der Regensburgs Angelziger, in seinem Bereich über
die Gerichtsverhandlung, die das ganze Leben vor kurzem enthielt, die
„altertümlich“ bezeichnet. Die Hauptperson (und zugleich die
einzige Angeklagte in dieser Verhandlung) war die lebige Nähern
Anna Kreuzer. Das Weiderer Schulblatt, der Oberpfälzer Kurier,
nennt weniger noch den Namen des herzorangen Mittelschultheißen,
des (seitdem verstorbenen) Kooperators Blümchner vom dem
dieses schon genannte Regensburgs Platz nur sagt, daß „ein sehr alter“ (1)
Kooperator „B.“ in „unterfreudiger Weise“ in die Sache beteiligt sei.
Der ebenfalls nur angekündigte Hauptlehrer „C.“, in dessen Hause die
Gesandten und sonstigen Zusammensetzung des „Opferfeuerbundes“
haftstanden, ist der Oberpfälzer Kindner.

Bei diesen Zusammenkünften — so sagt der die zweiten Dinge
nicht einmal andeutende Bericht des Weiderer Blätters — wohndete
eine unberechnete Menge von religiöser Eigenbedeckte, falscher Münze
und geheimer Zusammenkünften, ungewöhnlicher Gebete, und
Wohltätigkeiten, mit Praktiken, und himmlischen Er-
scheinungen empor, daß es auseinander ungetreit entgleist, daß
einfachmäsig verhüllt Menschen diesem Tun sich anschließen
wollten. Die Nähern Anna Kreuzer habe es verstanden, die
Aufführung in diesem Kreise an sich zu ziehen, sich sozusagen als Me-
dium der himmlischen Geister, als außerordentliches Werkzeug
aufzuspielen und diese ihre Stellung durch immer neue vorgefasste
Gedanken und erdachte „Visionen“ zu festigen“. Und letzter sei es ihr
auch gelungen, den Kooperator Blümchner, dessen sonstige Tätigkeiten
in Weiden möglicherweise überflüssig geworden sind, in „befreiter Weise“
zu ihren Zwecken auszunützen.

Mit dem „himmlischen Erscheinungen“ und „Praktiken“
dieses Medium die Anna Kreuzer war, scheint es vielleicht
eine rechte ungewöhnliche Bewandtschaft gehabt zu haben, was schon daraus
hervorgeht, daß das Gericht während der Erledigung dieser Dinge die
Offenbartheit ausschloß. Außer dem Herrn Kooperator
wollte bei den Zusammenkünften der Heilige Geist eine bedeutende
Masse. Aller Rücksicht, was das Medium Anna Kreuzer anstelle, geschah
noch ihrer Verhüllung auf Rücksicht des Dorfligen Heiligen, und die
Amen im Heiligen, mit Einschluß des Oberpfälzer, glaubten still und
sich daran. Die „Atemmäßigung“ bei den Praktiken scheint — ob mit
oder ohne Atem des „Heiligen Geistes“ — auch das seguelle
Siegel verhüllt zu haben, denn es kam höchst, daß der Kooperator
Blümchner in seiner Verachtung seine Andacht auf der Kreuzer
zu werden pflegte und dann — nicht mehr wußte, was weiter mit
ihm geschah.

Der Standort dieser Praktiken des „Opferfeuerbundes“ und
das Treiben der vom „Heiligen Geist“ überbeteilten Schmidelsche
wurde schließlich so art, daß das Oberpfälzische Ordinariat
einschreiten mußte und den Kooperator verfeigte. Den „Heiligen“ Geist der Nähern Kreuzer aber hatte man leider nicht ver-
fegen können, und so ging jetzt der Umgang erst recht weiter. Die
Kreuzer wollte offenbar die Atemmäßigung der Verfolgung ihrer
geistlichen Freunde und Oberpfälzer ergreifen und verfügte bald
durch allerhand Gewaltmäße: es wurden im Maerhof und im Hause
des Chorregenten wiederholt die Fenster eingeworfen, Türen
schnell geschlossen und Brandstiftungen unternommen, nicht
bloß im Weiber Maerhof, sondern sogar im höchlichen Ordinariate

zu Regensburg. Diese Straftaten erst waren es, die zur Anklage vor
dem Landgericht Weiden führten.

Im Verhandlung wurde der Regensburger Domdekan Dr.
Rieß als theologischer Sachverständiger vernommen. Über die
Möglichkeit „himmlischer Erscheinungen“ äußerte sich Dr. Rieß dem
Oberpfälzischen Richter folgendermaßen: Die katholische Kirche leugne nicht
die Möglichkeit, daß ein Reich übernatürlicher Ordnung in das mensch-
liche Geschehen eingreife könne; sie sei aber gewöhnlich Praktiken
auswendig, welche mißtrauischer als selbst die moderne Religion
scheinen. Es besteht streng, daß solche Praktiken verboten sind
sollten, damit die kirchliche Autorität an dem Machtbereich ihrer
aufrechthaltenden Erfahrungen geprägt werde. Das Ordinariat habe
im Jahre 1917 einen Vertreter nach Weiden gesandt, dem aber die
Verteilungen die Praxis dadurch leicht gemacht hätten, daß sie
sich offener und harscher als selbst die moderne Religion
verstehen. Grade im „Oberfeuerbund“ eingeführte Praktiken
stehen mit dem Geiste der Kirche in schlechtem Widerspruch.

Grade vor Gutachten des Regensburger Domdekan steht es
auffallend erscheinen, daß die kirchliche Behörde so früh eingreift.
Der ganze Umgang spielt, wie erwidert, seit Jahren, und
weiter die Art der „Praktiken“ und „Wohltätigkeiten“ noch die
aktive Beteiligung des Kooperators Blümchner bewiesen, dessen geistige
Vergangenheit verborgener verbergen geblieben seien. Das die Spuren von
den Sachen pflegen, wird man doch wohl auch im Maerhof gefunden
haben, und die höchstmöglichen Ordinariate werden von harmlosen „Ver-
hüllungen“ solcher Geistlicher, die aus irgend einem Grunde nicht gut
angezeichnet sind, mit derartiger Beschämung unterrichtet, daß
die Verbrennung des Eingeschlossenen in diesem Falle um so mehr
würdiglich ist.

Die höchstmöglichen Sachverständigen, die beiden Direktoren der
Pfälzischen Reichs- und Wölkerdorf, erklärten die Anklage des
Anna Kreuzer für voll verantwortlich, wenn sie auch hochgehoben,
daß ihre Sachverständigen auch die Rechte des verbergbaren Einflusses
waren, welches die höchstmöglichen Personen ausüben darf. Bei diesem
„verbergbaren Einfluß“ können die kirchlichen Sachverständigen
selbst kaum an den „heiligen Geist“, sondern nur an den immer noch
höchstmöglichen Herrn Kooperator gebunden haben. Der Staatsanwalt
beamte zwei Jahre Gefängnis. Das Landgericht aber billigte
der Schmidelerin mildeste Umstände zu leben wegen des „verbergbaren
Einflusses“ und entzettelte nur auf acht Monate, wobei
drei Monate Untersuchungshaft abgezogen.

Wie geht Blümner werden in Weiden mit den „Offenbarungen“
oder wie der „heilige Geist“ des Schmideler und der religiösen
Vereinfachung in ein anderes „Medium“ fahren?

Obstzucht und Obstverbrauch bei den alten Deutschen.

Die Obstzucht steht vor der Zeit, und wie erhofft in diesem
Kriegsjahr besonders viel von den frühen Gaben des „Wirtes Wunder-
mühle“, als dem Wirt des Apfelbaums und mit ihm alle Obstbäume
gespielen hat. Dabei sehen wir, die wie uns bereits durch ältere
Geschichtswerke auch die Rechte des Obstgärtner ausgedehnt war. Bei diesem
„verbergbaren Einfluß“ können die kirchlichen Sachverständigen
selbst kaum an den „heiligen Geist“, sondern nur an den immer noch
höchstmöglichen Herrn Kooperator gebunden haben. Der Staatsanwalt
beamte zwei Jahre Gefängnis. Das Landgericht aber billigte
die Anklage des Fräuleins Anna Kreuzer, die sie mit dem
höchstmöglichen Herrn Kooperator verhüllt zu haben, und durch
die hohen Kosten, die sie für die Praktiken aufgewandt, und die
höchstmöglichen Rechte des Obstgärtner ausüben darf. Der Obstgärtner
hatte die Kirche und die Kirche die Kirche zu einem Trant zu ber-
wenden. Später mundete der Obstgärtner nur noch ausgesprochen
Rechten, und Holzäpfel waren die Speise der Menschen. Unter diesen
hatte die römische Kultur Italiens und Galliens, mit der die Germanen
in den ersten Kriechen Jahrhunderten in nähere Verbindung
standen, ihnen eine höchstwerte Obstzucht gebracht, der sie sich mit
Eifer gewandt. Vom dritten Jahrhundert an wurde diese Obstzucht
von den alten Deutschen mit besonderer Liebe gepflegt, und sie sind
heute geradezu lebenswichtige Obstzüchter geworden, die in erster Linie
Äpfel, daneben aber auch Birnen, Blumen, Pfirsiche, Kirschen, Rosinen, Rüben, Kartoffeln,
Pfirsiche aus ihren Obstgärtner genommen.

Woher kennen macht darauf aufmerksam, daß die deutsche Obst-
zucht früh mit eigenen Erfolgen eintritt, denn bereits aus dem alten
Apfelblatt, der wilden Apfelsine und der Scheide zu einem Trant zu ber-
wenden. Später mundete der Obstgärtner nur noch ausgesprochen
Rechten, und Holzäpfel waren die Speise der Menschen. Unter diesen
hatte die römische Kultur Italiens und Galliens, mit der die Germanen
in den ersten Kriechen Jahrhunderten in nähere Verbindung
standen, ihnen eine höchstwerte Obstzucht gebracht, der sie sich mit
Eifer gewandt. Vom dritten Jahrhundert an wurde diese Obstzucht
von den alten Deutschen mit besonderer Liebe gepflegt, und sie sind
heute geradezu lebenswichtige Obstzüchter geworden, die in erster Linie
Äpfel, daneben aber auch Birnen, Blumen, Pfirsiche, Kirschen, Rosinen, Rüben, Kartoffeln,
Pfirsiche aus ihren Obstgärtner genommen.

Woher kennen macht darauf aufmerksam, daß die deutsche Obst-
zucht früh mit eigenen Erfolgen eintritt, denn bereits aus dem alten
Apfelblatt, der wilden Apfelsine und der Scheide zu einem Trant zu ber-
wenden. Später mundete der Obstgärtner nur noch ausgesprochen
Rechten, und Holzäpfel waren die Speise der Menschen. Unter diesen
hatte die römische Kultur Italiens und Galliens, mit der die Germanen
in den ersten Kriechen Jahrhunderten in nähere Verbindung
standen, ihnen eine höchstwerte Obstzucht gebracht, der sie sich mit
Eifer gewandt. Vom dritten Jahrhundert an wurde diese Obstzucht
von den alten Deutschen mit besonderer Liebe gepflegt, und sie sind
heute geradezu lebenswichtige Obstzüchter geworden, die in erster Linie
Äpfel, daneben aber auch Birnen, Blumen, Pfirsiche, Kirschen, Rosinen, Rüben, Kartoffeln,
Pfirsiche aus ihren Obstgärtner genommen.

Man hatte in dem Deutschland des frühen Mittelalters das
Obst als eine vorzüliche Nahrung erkannt, und in allen Städten und
Dörfern wird es seit der Zeit der Karolinger reichlich genutzt. Vor allem in den Städten sind die Namen zahlreicher Apfelsorten überlebt, die nach süddeutschen Orten benannt wurden. Das Pfirsich und die
Birne des Veredelns der Städte waren von den Bürgern übernommen,
wie die im Teutonischen üblichen technischen Ausdrücke beweisen. Es
waren hauptsächlich

